

Ein Handelsvertrag mit den U. S. A.

Am 14. Oktober sind in Washington die Genehmigungs-Urkunden über den Handelsvertrag Deutschland-Vereinigte Staaten ausgetauscht worden. Damit ist der deutsch-amerikanische Handelsvertrag in Kraft getreten.

Petroleumkrieg Europa-Amerika

Verlängerung des deutsch-russischen Petroleumabkommens Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen dem deutschen Petroleumtrust und dem russischen Naphta-Syndikat haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt.

Russland In den sozialen Verhältnissen in Rußland

Zwar ist die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter kein Beweis gegen den Aufbau der Bedingungslosigkeit des Kommunismus, denn man muß verstehen, daß gerade in den Zeiten des proletarischen Diktators, wenn die gesamte Bourgeoisie den kommunistischen Aufbau sabotiert und mit allen Mitteln bekämpft, das Proletariat oftmals in den miserabelsten Verhältnissen leben wird.

stellen. In allen Wohnungen entfallen auf jede Person im Durchschnitt etwa 7 Quadratmeter. Soweit die Angaben über die Wohnflächen. Was jedoch die Qualität der Wohnungen betrifft, so leben auf der Sonnenseite nur 197 Personen in trocken und warmen Wohnungen 108, in feuchten aber warmen Wohnungen 86 in feuchten und kalten Wohnungen 429, das heißt 66,7 Proz. Unter diesen Umständen sind auch die Erkrankungen der Insassen der untersuchten Wohnungen verständlich: Von 305 Erkrankungen entfielen 139 auf Tuberkulose, 91 auf Blutarmut, 75 auf Rheumatismus usw.

Die Bedrückung Wolsch und Kindermann!

Die in Rußland verurteilten deutschen Studenten Wolsch und Kindermann, die in ihrer Rolle als staatsgefährliche Spitzel die große Sensation für die KPD spielten, indem sie die Leipziger Spitzelprozesse der KPD gestellt wurden, sollen nach der Verurteilung der "Roten Fahne" Anfang November bedrückt werden.

Die chinesische Bourgeoisie besetzt Rußland

Wie die "Rote Fahne" meldet, ist in Moskau am 30. Okt. zum Studium der politischen und wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion eine chinesische Delegation eingetroffen, der Außenminister von Kanton, Cchanghann, der Generalissimus der Kanton-Armee, ein Führer der Kominternpartei, ferner der Generalsekretär des Exekutivrats, die Komintern und zwei Militärschüler der Kriesschule angehören.

Auch die Italiener führen den Kolonialkrieg.

Reguläre italienische Truppen haben mit Unterstützung von 30 000 Mann der Kolonialarmee in Italienisch-Somaliland das Sultanat Obbia besetzt. Die Einwohner leisten keinen Widerstand. Gleichzeitig landeten italienische Truppen ohne Widerstand zu finden, an der Küste des Sultanats Origurini.

Hüttenarbeiterstreik in Oesterreich.

Die Arbeiter der Siemens u. Halske AG. Wien, sind unterlegen in die Betriebe geht. In den Seyrer Werken geht der Streik weiter. Deshalb ist der Bergbaubetrieb auf 2 Tage wöchentlich eingeschränkt.

In Nordböhmen 16 000 streikende Textilarbeiter.

In den wichtigsten Textilindustriestädten des böhmischen Niederlandes wird bereits seit zwei Wochen der allgemeine Textilarbeiterstreik durchgeführt. Die Firmen des Grandtalles und auch die Kleinbetriebe haben sich jetzt angeschlossen, so daß jetzt fast 16 000 Arbeiter im Streik stehen.

Aus der Partei Politik und Taktik der K.A.P.D.

Die praktische Stellung zu den Fragen des gesamten bestehenden Gesellschaftsbaus läßt bei vielen Genossen unsere theoretische Einstellung zu den Fragen des revolutionären Klassenkampfes unklar oder zweifelhaft erscheinen. Gestärkt wird die Unklarheit dadurch, daß die Stagnation im gesamten revolutionären Umwälzungsprozess unsere revolutionäre Praxis auf unbestimmten Zeiten verschleiert. Von ganz verkehrten Voraussetzungen ausgehend, erhält die Frage unserer Aufgaben im Sinne des revolutionären Klassenkampfes in der gegebenen Situation ein vollkommen falsches Bild.

ten auf diese Weise einer Komprimierung des Parteiprogramms durch die „reformistischen Verbesserungen“ der Lohn- und Arbeitsbedingungen (auch ihrer Genossen) zu entgehen. Um die Heiligkeit ihrer Prinzipien — deren Taktik und Praxis unter der neuen Entwicklung der gesamten Verhältnisse über die Selbstbewußtseinsentwicklung und die revolutionären Momente hinaus außerhalb der revolutionären Hochflut keine Plattform für die Praxis des Klassenkampfes bot — schufen sie eine 7. Weltseelentheorie. Die gesamten Kämpfe der Lohn- und Wirtschaftsfragen wurden von ihnen als reformistisch vereinnahmt; während wir schon damals gegen die Behandlung der Fragen in dieser starren Beziehung Front machten und auch die Lohnkämpfe als Plattform der Klassenkampfpolitik ansahen.

Mit dem uns letztlich von einem Genossen aus dem Reich eingedrungen oben erwähnten Artikel der „KAZ“ Nr. 76 wird diese Frage noch einmal aufgegriffen, und zwar unter demselben Schlagwort: „Wer Pech angreift, besudelt sich.“ Auch hier ist die Einseitigkeit des Ergebnisses einer rein subjektiven Betrachtung der Klassenkämpfe als Plattform der Klassenkampfpolitik.

Achtung! Ortsgruppen u. Postbezieher

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Wir hoffen, daß alle Abonnenten restlos und schnellstens ihren Verpflichtungen nachkommen. Wir sind sonst gezwungen, die Beilegerung einzustellen. — Vergesst den Poststempel nicht!

über die Ideologie der Massen einerseits und der revolutionären Partei andererseits. Die Frage der Klassenverhältnisse und der ideologischen Folgerschritte läßt sie fast unbeachtet, und die ideologischen Folgerschritte sind die Erscheinungen der Klassenkämpfe aus der idealistischen metaphysischen Betrachtung heraus, falsche werden.

Der Artikel geht von der Betrachtung der Rolle des Spartakusbundes während der Revolutionszeit 1918 aus, um die Parallele mit den Prinzipien der KAP. und AAU. zu ziehen. Bekanntlich konnte der Spartakusbund selbst in der Hochflut der revolutionären Wellen seinen revolutionären Einfluß nur wenig geltend machen, weil eben der Charakter dieser Novemberrevolution, obwohl das kapitalistische System in seinen Grundzügen nicht über die Erfüllung eines demokratischen, kleinbürgerlichen Pazifismus hinausging. Obwohl die Sozialdemokratie nicht im geringsten die Voraussetzung zu dieser allgemeinen Erhebung war, die Bewegung vielmehr spontan aus dem allgemeinen kapitalistischen und imperialistischen Zerfall des gesamten Gesellschaftsbaus hervorging, konnte sich die sozialdemokratische Ideologie auf die Spitze derselben stellen.

Erinnern wir uns kurz, wie vor zwei Jahren die Situation war: Die Cuno-Regierung war gestürzt, womit aber die akute wirtschaftliche und politische Krisenlage alles andere denn behoben wurde. Im Gegenteil, der Marktsturz setzte sich mit vervielfachter Schnelligkeit fort, die proletarische Lebenslage sank stündlich von Stufe zu Stufe, das Fegfeuer der Inflation steigerte die Erbitterung der Massen auf den Siedepunkt. Das Hungergepenst zeigte sich in nie geahnter Furchbarkeit, riesige Streikwellen lösten in den Industriegebieten einander ab, allenthalben loderte der Brand der proletarischen Empörung gegen die bestehenden Zustände auf. Für eine revolutionäre Partei kam alles darauf an, den proletarischen Kerngruppen Klarheit über ihre Klassenaufgaben zu vermitteln, sie organisatorisch und ideologisch auf die Unvermeidlichkeit des auszunetzenden Bürgerkrieges vorzubereiten, den Kampf der Arbeitermassen aus dem seichten Fahrwasser der Regierungsherrschaft in das revolutionäre Strombett der Gesellschaftsumwälzung überzuleiten, um ihre in Bewegung geratenen Kräfte nicht in falscher Richtung verpuffen zu lassen. Es war, mit einem Wort gesagt, jene zerrüttete, schwangere Situation, wo die Dinge auf des Messers Schneide stehen, wo die Parole nur lauten kann: Wir oder sie, Sturz des kapitalistischen Systems oder erbarmungsloser Triumph der Bourgeoisie über ein rebellierendes, aber nicht die revolutionären Gebote der Stunde erkanntes Proletariat.

Hier aber begann jene Tragödie der Arbeiterschaft, deren Höhepunkt nur sein konnte die blutige Niederwerfung der Hamburger Barrikadenkämpfer. Angesichts der sich mehrenden revolutionären Flammenzeichen öffnete die bedrängte Bourgeoisie ein Ventil: sie ließ die Arbeiter „regieren“, in Sachsen entstanden die von allen „revolutionären“ Parlamentariern so heiß ersehnten sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierungen. Gewiß, die im Banne der KPD stehenden Proletarier gaben sich mit der bloßen Ministerherrlichkeit der Brandler und Böttcher nicht recht zufrieden, sie wollten etwas konkreteres als parlamentskommunistische Minister sehen, denn die „Arbeiterregierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie“ sollte ja eine „Vorstufe“ der proletarischen Diktatur sein.

Mitteilungen GROSS-BERLIN.

- 7. Bezirk (Charlottenburg). Freitag, den 23. Oktober 1925, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Jakob, Calvanstr. 7. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
11. Unterbezirk. Für die Partei- und Unionsgenossen von Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Schmaragdort und Wilmersdorf findet am Donnerstag, den 4. November, abends 8 Uhr, eine gemeinsame Mitglieder-Versammlung statt. Lokal wird noch bekannt gegeben. Alle Genossen müssen erscheinen.
19. und 20. Bezirk. Freitag, den 23. Oktober Mitglieder-Versammlung Ecke Sonnen- und Seebekstraße. Wichtige Tagesordnung.
16. Unterbezirk (Cöpenick). Freitag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, Lokal Rudowstraße 21, Mitglieder-Versammlung. Die Genossen von Grünau, Mahlsdorf und Adlershof müssen unbedingt erscheinen.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Oktober 1925. Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisations der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

Gedenk der Lehren vom Oktober 1923!

Thälmann: „Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden!“ Zum zweiten Male jähren sich gegenwärtig die Tage, wo eine revolutionäre Schar des Hamburger Proletariats auf den Barrikaden stand und drei Tage und drei Nächte lang dem Ansturm der konterrevolutionären Soldner trotzte. Auf sich allein gestellt, mußten jedoch die Hamburger Oktoberkämpfer gar bald die Waffen strecken vor der zwanzigfachen Uebermacht der weißen Gardien und fügten somit ein neues Glied an die Kette der proletarischen Niederlagen.

Nach den Wahlen

Die Berliner Kommunalwahlen sind erledigt, die neugewählten oder wiedergewählten „Volksvertreter“ sind bis auf weiteres bestimmt worden, und jeder, der seine Wahlpflicht getan hat, fragt sich: „Was nun?“ Hunderttausende der Arbeiterklasse, die ihren auserwählten Vertretern für die Berliner Stadtverwaltung die Stimme gegeben haben, glauben ihre Aufgaben bis zu den nächsten Wahlen erfüllt, denn sie haben die Durchführung der Wünsche ihrer „Führer“ übertragen. Die Erfüllung derselben machen sie von der Zusammensetzung und politischen Einstellung der Regierung abhängig. Sie erwarten von den gewählten Arbeitervertretern die Durchführung der proletarischen Klasseninteressen, zumindestens die der Versprechungen. Soweit diese Versprechungen zu heute noch soviel Jahren allgemeiner Mißstimmungen an der Regierungswahl nicht erfüllt wurden, wird das meiste von den bestehenden Minderheit ihrer Parlamentarier abhängig gemacht. Diese Forderung, die bei den meisten Wählern vorherrscht, weil sie durch die politischen Parteien als ideologische Voraussetzung für das Interesse an der Wahlbeteiligung vorausgesetzt wird, ist auf die vollkommene Unklarheit über die Gegensätze zwischen den Aufgaben der Parlamente und denen der Arbeiterklasse zurückzuführen. Man spricht den Regierungen Aufgaben und Möglichkeiten zu, die für sie garrnisch in Frage kommen. Hierbei werden die tatsächlichen Beispiele aus der Praxis der Parlamente im Laufe der Geschichte gar nicht beachtet.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwenk-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Jandora, Berlin O 17, Leopoldstr. 10.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Oktober 1925
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Wassertorstraße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post: Halbmönatlich die im Kopf der Zeitung angegebene Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Offener Brief

Für eine Delegation kommunist. Arbeiter nach Rußland

„Wie sieht es in Rußland aus?“ So fragt sich das deutsche Proletariat, seitdem die 3. Internationale Rußland zum Vorbild der Befreiung der Arbeiterklasse gemacht hat, und den Versuch macht, die Arbeiterklasse durch Delegationen von der Wirklichkeit in Rußland zu überzeugen. Die Befreiung des russischen Proletariats ist aus dem Vordergrund der Geschichte zurückgedrängt, nachdem sich in Deutschland, voll und ganz in den Mantel der sozialdemokratischen „Wahrheit“ und Demokratie einhüllte. Rußland hat bis heute die Regierung der Bolschewiki behalten und das gibt der KP die Möglichkeit, zu den Arbeitern von der Durchführung des Kommunismus in Rußland zu sprechen und wo der Zweifel auftaucht, die Delegationsfrage als Beweismittel heranzuführen.

Wenn das deutsche Proletariat Rußland einen bestimmten Wert beimessen will, so kann es sich nur um folgendes handeln: Welchen Wert bilden die Wirklichkeiten in Rußland für die Befreiung der Arbeiterklasse in Westeuropa, d. h. für die westeuropäische Revolution? Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, nämlich, daß man in Rußland den Stützpunkt der Revolution sieht, kann man nur an die Untersuchung der Dinge dortselbst herangehen. Die KP stellt hier die Behauptung auf, daß Rußland nach wie vor als Stützpunkt des proletarischen Befreiungskampfes angesehen werden muß. Um dies zu beweisen, ist natürlich zu allererst notwendig, die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland und dazu die vorherrschenden Klassenverhältnisse festzustellen, d. h., ob sich die Wirtschaft nach kommunistischen Bedarfsverhältnissen zum Kapitalismus entwickelt, und ob demzufolge die Herrschaft der Arbeiterklasse ab oder zunimmt? Unwesentlich ist hierbei, ob die wirtschaftlichen sozialen Verhältnisse des russischen Proletariats im Augenblick gut oder schlecht sind, denn im Augenblick einer gesellschaftlichen Umwälzung werden die Verhältnisse der Arbeiterklasse nie gute sein. Von Bedeutung über die politische Stellung Rußlands ist aber noch, ob die russische Politik im Interesse der internationalen Klassenkampfpolitik liegt, oder von der Arbeiterklasse entgegengesetzten Bedingungen getragen wird. Für diese Dinge muß sich das deutsche revolutionäre Proletariat konzentrieren, wenn es sich Rußland zum Vorposten machen will.

Im Widerspruch zu dieser Betrachtung liegt jedoch vieles Beweismaterial über die objektiven Verhältnisse in Rußland. Viele Delegationen mit recht bunten politischen Einstellungen haben Rußland unter der Bolschewikregierung besucht und darüber berichtet. Von den Bedingungen des Kommunismus wird die KP, spricht, oder von der Entwicklung auf der Linie der proletarischen Revolution liegt jedoch nicht das geringste Beweismaterial vor, und das, welches vorliegt, widerspricht zum größten Teil diesen Bedingungen. Ebenso werden dieselben durch das offizielle statistische und Pressenmaterial der russischen Regierung widersprochen. Die letzten deutschen sogenannten Arbeiter-Delegationen aus den Betrieben haben keinesfalls Beweise zu den KP-Behauptungen geliefert. Ihre Berichte hatten einen rein sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen Charakter. Sie waren von den total unwesentlichen Betrachtungen der sozialen Verhältnisse der russischen Arbeiter und der Feststellung der Revolution wertlos. Der Bericht der Delegationen und der Berichterstattung dient, widerspricht ebenfalls allen Behauptungen. Das deutsche Proletariat hat aber alles Interesse, die Fragen der Revolution und die Tatsachen in Rußland zu klären.

Was die KAPD, die alles Interesse an der proletarischen Revolution hat und damit auch an Rußland, dieses widersprechende Material, den Behauptungen entgegen, zur Diskussion stellt, wird es mit der Begründung abgelehnt: „Geh selbst nach Rußland und überzeuge dich von der Wirklichkeit!“ Die KAPD hat kein Interesse an unwarhren, revolutionärschädlichen Feststellungen. Sie will Klarheit und fordert von der KP, die angeblich im Interesse der Revolution handelt, vollkommene Klarheit und Wahrheit über die revolutionären Bedingungen in Rußland. Sie schick daher nachstehenden Brief an die Exekutivstelle der Arbeiterdelegationen: „Sie verlangen von unserer Partei die Zulassung einer Delegation von kommunistischen Arbeitern nach Rußland. Wenn die KP, es ernst meint mit ihren Behauptungen, wenn sie die Delegationen nicht

Rotc Politik im roten Hause

Ein Ruck nach Links. Die KPD jubelt. — Was viele nicht geglaubt hätten, kam auch für die Anhänger der roten Mehrheit, für die KPD, unerwartet. Erhofft hat sie zwar vieles, daß sie aber so hoch auf Schaum und Wellen schwimmen würde, hat sie nicht erwartet. Nun ist der Sieg der Linken sicher gestellt, und die erweiterte Grundlage für die Koalition mit der kleinbürgerlichen SPD, geschaffen.

Sie werden sie in Zukunft das Berliner Stadtparlament besetzen. Leider haben von 2335 908 Wahlberechtigten nur 1853 115 ihre Stimme abgegeben. Die Masse der Untertanen hat also erheblich zugenommen, was der KPD, und der SPD, wohl den meisten Kummer bereiten wird. Doch sie haben vorläufig im „Roten Haus“ den Sieg errungen, die KPD, sogar die Sitze um das Doppelte vermehrt. Die Illusionen der Proletarier in den Betrieben, die ihre Stimme abgegeben haben, hat sich um ein Großes vermehrt. Wenn vor den Wahlen in den Betrieben kaum etwas zu merken war von dem großen Ereignis des Sonntages, am Montag hatte sich das Interesse der Arbeiter an den Wahlergebnissen in weitem Maße gesteigert. Nun liegen die „Siegesnachrichten“ vor, und unzählige Proletarier hoffen von Tag zu Tag auf die Erfüllung der Versprechungen. Das Wahlergebnis der KPD, bei der Hindenburgwahl hat sich nun glänzend ausgehoben. Die Präsidentenwahl brachte in dem Kandidaten Thälmann schon im voraus die offene Illusion, die Aussichtslosigkeit mit sich. Viele Proletarier wählten das kleinere Übel und zeigten somit ganz unbewußt den Charakter des Parlamentarismus. Die KPD, selbst sah sofort ihren Fehler ein und machte alle Anstrengungen, aus dem schlechten Ruf zu kommen. Sie hat ihren Kurs vortrefflich geändert, und darauf ist zu tun auch der neue „Sieg“ zurückzuführen. Bei den Stadtverordnetenwahlen lag die Versprechungspolitik viel günstiger. Es bestand die Möglichkeit, im Stadtparlament eine gewisse Position zu erzielen. Sie haben diesen Wahlzug wirklich gut vorbereitet, haben den oppositionellen sozialdemokratischen Geist zu gewinnen vermocht. Seit dem neuen Rechtskurs „zu den Massen“, auf Befehl Sinowjews, hat sich manches in der Einstellung zur Masse geändert. Die Einheitsfrontpolitik mußte den Beweis erbringen, daß die KPD, nicht zu den Zerstörern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, sondern zu ihren Aufbauern zu rechnen ist. Mancher Sozialdemokrat hat gewonnen worden. Zur weiteren Stärkung dieses Anschens hat der Delegationsrummel viel beigetragen. Er mußte durch „sozialdemokratische“ Arbeiter, den Proletariern den Beweis erbringen, daß die Arbeiterklasse in Rußland die Macht hat und entschieden besser lebt als hier in Deutschland. Dazu kommt noch, daß man die städtischen Arbeiter Moskauer zu den Berlinern im Interesse des „Roten Hauses“ sprechen ließ. Die städtischen Arbeiter des roten Moskauer sollten ein Beispiel für die im „roten“ Berlin sein. Tausend Fortschritte der sozialen Verhältnisse im roten Rußland mußten als Versprechung für das „Rote“ Berlin gelten.

Nun ist das „Rote“ Berlin im Stadtparlament vertreten, die Linken regieren in Berlin. SPD, USPD, und KPD, mit 120 Vertretern stehen 105 Vertretern des Bürgertums gegenüber. Die Plattform für den aktiven Parlamentarismus der KPD, ist gegeben, sie drängt zur Koalition. Doch die SPD, Veranlassung die Entscheidung unserer Delegation abhängig zu machen von der Erfüllung der für eine fruchtbare Studienreise unerlässliche Voraussetzungen: Unbedingte Beweiszufuhr der Delegation und ihre Unterstützung — in jeder Beziehung — durch die Sozialbedenken.

In dem wir uns eine weitere Darstellung dieser allgemein formierten Bedingung in einer mündlichen Aussprache vorbehalten, verbleiben auch in Erwartung baldiger Antwort mit kommunistischen Gruß
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschland,
Allgemeine Arbeiter-Union,
Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Zelten die Monarchie Deutschlands auf den Schultern der Millionen verkümmert Männer, die nun zu voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung gelangen sollen, müde und abgestumpft sind und nicht mehr wissen, was sie als „Leute“ Geldquelle ausnützen. Den Erben des Julius Sichel kam es jedenfalls nur darauf an, mit prominenten Persönlichkeiten der regierenden Staatspartei in Verbindung zu kommen. Und Julius Sichels Erben, die Reichsdeutschen, täuschten sich nicht. Nur hatten sie sich in ihrer Profitgier zu einseitig festgelegt, ohne zu bedenken, daß die österreichische Bourgeoisie diese Bürschen nur so lange dulden werde, bis die Arbeiterklasse zermürbt und niedergeschlagen ist.

Kurz, es wurde nun zwischen den Vertretern der Firma Rütgers und Meitner und Griffel ein Vertrag abgeschlossen, durch den das österreichische Unternehmen der reichsdeutschen Firma in eine Aktiengesellschaft mit 100 000 Aktien zu 200 Kronen umgewandelt wurde, von denen Meitner und Griffel 40 000 Stück übernahmen. Da die beiden aber nicht die Mittel zur Bezahlung dieser Aktien besaßen, beschafften sie sich das nötige Geld durch Bankkredite, die damals für die regierende Sozialdemokratie so leicht zu haben waren. Meitner erhielt durch seine sozialdemokratischen Freunde eine große Wohnung

Der Kaiser ist das verfassungsmäßige Oberhaupt des Staates, unseres Vaterlandes. So wie man erst in der Zeit der Not den Freund erkennt, so erkennt das Vaterland, was es in seinem ersten Dienen, als den sich der Kaiser selbst bezieht, hat. Wenn man alte vergangene Missetaten vergisst, so wird heute jeder Deutsche sagen können, daß der Kaiser in schwerer Zeit der großen Verantwortung, die verfassungsgemäß auf seinen Schultern lastet, in vollem Maße gerecht wurde. Was wir in ihm schätzen dürfen, ist ein ungezügelter Ehrgeiz, das Notwendige geschickt, was hier Phrasen machen, den Volkswillens bezeichnet werden, und wir schließen uns dem an, was ein sozialdemokratischer Führer bei einer Gelegenheit sagte, daß der Kaiser nach unser Vertrauen noch als waren Volk und Kaiser so elgig wie jetzt. Dann kam das Kriegsjahr Nr. 4; 1918!

Als die militärische Lage deutschseits noch günstig stand, als der „Vorwärts“ noch ein kleines Recht hatte zu schreiben: „Von allen Völkern, die von diesem Kriege betroffen sind, hat das deutsche am wenigsten Ursache zu zweifeln. Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltkrise zu sehen, als der erhoffte volle deutsche Sieg auch im Westen.“ Als der Sozialdemokrat und Heute-Pazifist Leinert dem damaligen Kriegszug „Stöbel noch antworten durfte: „Gewiß sind wirtschaftliche Angliederungen auch Annexionen, aber wo steht denn in unserem Programm, daß man nicht annehmen, daß die Annexionen die Phrasen machen? Da machte der halbhoftöische sozialdemokratische Artikelschreiber Germanicus-Robert Breuer noch einen schwärmerischen Blick in die Zukunft: „Durch den Gemütschleier des Selbstbestimmungsrechts der Völker hindurch können wir deutlich erkennen, wie Deutschlands Ausdehnungsbedürfnis sich im Osten befriedigt. Was hier Phrasen machen? Riga mit der nach Berlin in Verwahrung gebrachten Herzogkronen und davon abhängig Livland, Estland und Litauen, bis herunter nach Odessa. Die Lage dürfte klar sein und dürfte nicht einmal durch die politische Schwierigkeit Solange wird die Ausbeute weit bestehen.“

Proletarier! Schluß mit dem Selbstbezug. Von 1918 bis heute — es ist genug! Mit dem Schwert erkämpfe deine Rechte. Schlage das Kapital und seine Henkerknechte. (Fortsetzung folgt.)

Reaktionäre Praxis der Konsumgenossenschaften

Daß die Genossenschaften nicht besser sind als jeder andere kapitalistische Betrieb, ist längst bekannt. Leider läuft die Proletarier ihnen trotzdem in illusionären Wahn nach, weil die Gewerkschaften, SPD, und KPD, ihre ganze Kraft zur Verbreitung dieser Illusionen einsetzen. Konsumgenossenschaften haben zur Stärkung ihrer Kapitalien sogenannte Pensionskassen angelegt. Diesen Beitrag der Proletarier betreiben sie mit folgenden Erpressungsmethoden. Der Red. der KAZ, wird folgender Erpressungsbrief zugesandt:

Berlin-Lichtenberg, den 8. Oktober 1925.
An
Wir haben Sie wiederholt mündlich und schriftlich darauf aufmerksam gemacht, daß Sie mit Ihrer festen Anstellung in der K. G. B. auch die Verpflichtung übernommen haben, Mitglied der „Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ in Hamburg zu werden. Diese Verpflichtung ist von Ihnen immer noch nicht erfüllt worden. Wir übersenden Ihnen deshalb anliegend 1 Beitrittserklärung und ersuchen Sie dringend, diese Erklärung auszufüllen eigenhändig zu unterzeichnen und bis zum Montag, den 12. Oktober an unsere Personalabteilung einzusenden.
Sollten Sie wider Erwartung, auch diesmal einen abweichenden Standpunkt einnehmen, so sind wir leider gezwungen, das bestehende Arbeitsverhältnis zum nächsten zulässigen Termin zu lösen.
Obwohl wir uns stets bemüht haben, bei der Leitung der Pensionskasse eine mildere Bemessung zu erreichen, besteht die Kasse jetzt unter Androhung des Klageverfahrens unbedingt auf Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung.
Da wir unmöglich der Genossenschaft noch die erheblichen Kosten des Klageverfahrens aufbürden können, ersuchen wir Sie dringend, dieser letzten Aufforderung bis zum Montag, den 12. Oktober nachzukommen.
Mit Genossenschaftlichem Gruß
Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend.
Nachdem die in Frage kommende Angestellte auf diese Erpressung nicht reagierte, geht ihr folgendes zu: Personal-Abteilung — — —
Berlin-Lichtenberg, den 15. Oktober 1925.
„Wir klüden den Betrieb nicht eigen. Hochachtungsvoll
Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.“
Zu beachten ist hierbei, daß die Kündigung nicht mit dem obigen Erpressung begründet wird. Wir überlassen den Arbeitern die an den Konsum-Genossenschaften hängen, selbst ihre konsequenten Schlüsse zu ziehen.

Ausland

Sozialdemokratische aus Österreich
Vor dem Wiener Strafgericht läuft seit 2 Wochen der Prozess gegen die säkularisierten Leiter des österreichischen Unternehmens der bekannten reichsdeutschen Rütgers-Werke. Wenn man sich die österreichische Sozialdemokratie in der Rolle der deutschen im Barmatsumple denkt, so hat man ein österreichisches Spiegelbild einer vollkommenen Barmatpartei. Im Jahre 1920 hatte sich für die Erben des Julius Rütgers die Notwendigkeit größerer Kapitaleinlagen in ihre seit 1868 in Österreich bestehende Fabrik für Tierprodukte ergeben. Bei ihren Bemühungen um die Herbeischaffung der entsprechenden Mittel stießen sie auf zwei Spekulanten, Meitner und Griffel, die 1919 aus dem Osten mit geringen Barmatmitteln gekommen waren und in Wien sofort eine „Verkehrsgesellschaft für chemische Produkte (G. m. b. H.“ gegründet hatten, die aus nichts weiter als dem Namen besteht. Die beiden Herren hatten aber bei dem Kaiser ein kostbares Gut, das wertvoller war, als alle österreichischen

Banknoten zusammen. Sie hatten Einfluß in der österreichischen Sozialdemokratie. Und die Sozialdemokratie hatte das Ruder des österreichischen Staates und der Hauptstadt Wien in den Händen. Es mag nun dahin gestellt bleiben, ob die Meitner und Griffel wirkliche und wahrhaftige Sozialdemokraten waren, so echt wie z. B. die Richter, Noske, Bauer, Heilmann und Konsorten, oder ob sie mit klugem Blick die Führer der österreichischen Sozialdemokratie in ihrer Bestechlichkeit und Herrschgier erkannten und sie als „Leute“ Geldquelle ausnützten. Den Erben des Julius Sichel kam es jedenfalls nur darauf an, mit prominenten Persönlichkeiten der regierenden Staatspartei in Verbindung zu kommen. Und Julius Sichels Erben, die Reichsdeutschen, täuschten sich nicht. Nur hatten sie sich in ihrer Profitgier zu einseitig festgelegt, ohne zu bedenken, daß die österreichische Bourgeoisie diese Bürschen nur so lange dulden werde, bis die Arbeiterklasse zermürbt und niedergeschlagen ist.

Kurz, es wurde nun zwischen den Vertretern der Firma Rütgers und Meitner und Griffel ein Vertrag abgeschlossen, durch den das österreichische Unternehmen der reichsdeutschen Firma in eine Aktiengesellschaft mit 100 000 Aktien zu 200 Kronen umgewandelt wurde, von denen Meitner und Griffel 40 000 Stück übernahmen. Da die beiden aber nicht die Mittel zur Bezahlung dieser Aktien besaßen, beschafften sie sich das nötige Geld durch Bankkredite, die damals für die regierende Sozialdemokratie so leicht zu haben waren. Meitner erhielt durch seine sozialdemokratischen Freunde eine große Wohnung

Der Kaiser ist das verfassungsmäßige Oberhaupt des Staates, unseres Vaterlandes. So wie man erst in der Zeit der Not den Freund erkennt, so erkennt das Vaterland, was es in seinem ersten Dienen, als den sich der Kaiser selbst bezieht, hat. Wenn man alte vergangene Missetaten vergisst, so wird heute jeder Deutsche sagen können, daß der Kaiser in schwerer Zeit der großen Verantwortung, die verfassungsgemäß auf seinen Schultern lastet, in vollem Maße gerecht wurde. Was wir in ihm schätzen dürfen, ist ein ungezügelter Ehrgeiz, das Notwendige geschickt, was hier Phrasen machen, den Volkswillens bezeichnet werden, und wir schließen uns dem an, was ein sozialdemokratischer Führer bei einer Gelegenheit sagte, daß der Kaiser nach unser Vertrauen noch als waren Volk und Kaiser so elgig wie jetzt. Dann kam das Kriegsjahr Nr. 4; 1918!

Als die militärische Lage deutschseits noch günstig stand, als der „Vorwärts“ noch ein kleines Recht hatte zu schreiben: „Von allen Völkern, die von diesem Kriege betroffen sind, hat das deutsche am wenigsten Ursache zu zweifeln. Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltkrise zu sehen, als der erhoffte volle deutsche Sieg auch im Westen.“ Als der Sozialdemokrat und Heute-Pazifist Leinert dem damaligen Kriegszug „Stöbel noch antworten durfte: „Gewiß sind wirtschaftliche Angliederungen auch Annexionen, aber wo steht denn in unserem Programm, daß man nicht annehmen, daß die Annexionen die Phrasen machen? Da machte der halbhoftöische sozialdemokratische Artikelschreiber Germanicus-Robert Breuer noch einen schwärmerischen Blick in die Zukunft: „Durch den Gemütschleier des Selbstbestimmungsrechts der Völker hindurch können wir deutlich erkennen, wie Deutschlands Ausdehnungsbedürfnis sich im Osten befriedigt. Was hier Phrasen machen? Riga mit der nach Berlin in Verwahrung gebrachten Herzogkronen und davon abhängig Livland, Estland und Litauen, bis herunter nach Odessa. Die Lage dürfte klar sein und dürfte nicht einmal durch die politische Schwierigkeit Solange wird die Ausbeute weit bestehen.“

Proletarier! Schluß mit dem Selbstbezug. Von 1918 bis heute — es ist genug! Mit dem Schwert erkämpfe deine Rechte. Schlage das Kapital und seine Henkerknechte. (Fortsetzung folgt.)

Die Kämpfe in Syrien

Die Aufstände der Drusen gehen immer noch weiter, die französischen Truppen, die scheinbar die Oberhand gewonnen hatten, werden immer wieder aus ihrer Stellung geschlagen. Ihre Siege sind ganz unbestimmbar, weil über die Verhältnisse der Drusenangriffe, die in einem ausgezeichneten Guerillakrieg bestehen, keine Sicherheiten festzustellen sind. Nach den neuesten Meldungen sind die Drusen auf Damaskus vorgezogen und haben die Stadt den Franzosen entrissen. Damit haben die letzteren wieder eine große Position eingebüßt. Die Franzosen haben große Verluste zu verzeichnen. Die geordnete Kriegsführung zeigt kein günstiges Bild, weil die Witterungsverhältnisse immer schlechter werden.

Amerikanische Kriegsschiffe für die syrischen Gewässer

Washington, 22. 10. (WTB). Auf Ersuchen des amerikanischen Konsuls in Beirut wurde zwei amerikanischen Zerstörer der Auftrag erteilt, sich von Gibraltar nach Alexandria zu begeben, um erforderlichenfalls in den syrischen Häfen den Schutz des amerikanischen Lebens und Eigentums zu übernehmen. Diese Meldung ist zu beachten, wenn man bedenkt, daß sich die Mossulfrage immer mehr zuspitzt, daß ferner die Engländer sich immer mehr um die Verhältnisse in Ägypten und Syrien, wo die Kämpfe mit den Franzosen und den Drusen den Kolonialkampf führen, kümmern. Die Mittelmeerfrage wird immer mehr der Anziehungspunkt der imperialistischen Staaten. Beachtenswert ist dabei, daß auch die Russen ihre Kriegsschiffe den Türken zur Unterstützung an den Darданellen konzentrieren. Das sind die Boten des Völkerbundes, die Friedensillusionen der Sozialdemokratie.

Konflikte auf dem Balkan

Zwischen Bulgarien und Griechenland sind wieder Konflikte ausgebrochen und haben sich in erheblichem Ausmaß geföhrt. An der griechisch-bulgarischen Grenze wurde bei Demetris ein griechischer Grenzposten von bulgarischen

Komitschis erschossen. Die griechischen Grenzposten rückten daraufhin in Bulgarien ein und besetzten einige Grenzposten. Es kam zu heftigen Kämpfen. Die griechische Regierung teilte sofort ein kurzfristiges Ultimatum an die bulgarische Regierung und riefte mit größerer Militärvorbereitung kriegsmäßig gegen Bulgarien vor. Nach Zeitungsmeldungen sollen sie die Grenze bereits überschritten und eine Stadt besetzt haben. Die bulgarische Regierung hat gleichfalls ihre Truppen konzentriert. Es hängt jedoch von den Enten-Staaten ab wie sie sich zu einer Kriegsführung stellen, denn Bulgarien ist durch den Friedensvertrag in seiner Politik gebunden. Es ist aber trotzdem mit einem neuen Krieg auf dem Balkan zu rechnen.

Wirtschaft

Krachen in Oesterreich

Neue Bankenergebnisse in Wien.
Neben der Zentralbodenkreditbank, von deren Zusammenbruch wir berichteten, sind noch der Wiener Bankverein und die Wiener Verkehrsbank am Purzeln. Beide sind in Zahlungslosigkeit geraten. Man will noch versuchen durch Zusammenlegung der beiden Institute etwas zu retten. Die Banken hoffen durch Verschmelzung des Filialnetzes, durch Verkauf der freierwerbenden Gebäude, und vor allem durch starken Personalabbau einen Geschäftsbetrieb in bescheidenem Maße aufrechtzuerhalten. Das Gelingen wird in Finanzkreisen allerdings stark angezweifelt.

Wichtiger ist die geplante Zusammenlegung der Unionsbank mit der Niederösterreichischen Eskompte-Gesellschaft aus denselben Ursachen und zu denselben Zwecken. Die Unionsbank, die in der Nachkriegszeit zum größten österreichischen Finanzinstitut wurde, ist richtiger war das zentrale Verwaltungsorgan des Boselkonzerns, des „österreichischen Stinnes“. Vor einigen Monaten war, wie wir damals berichteten, von einem Gelehrten Bankinstanz, hinter dem der französische Schneiderkonzern der „französischen Krupp“ steht, wie man glaubte, Bosel saniert. Der französische Konzern hatte sich die Übernahmeherrschaft der besten Industriewerke der Unionsbank vorbehalten. Wie wir damals voraussagten, schiebt das französische Kapital Bosel beiseite und macht aus den beiden Großbanken, die beide Industriekonzerne verkörpern, eine. Der „österreichische Stinnes“ ist von dem Schicksal seines deutschen Vorbildes ereilt. Die Auswirkung dürfte sich in Stillelegung von Industriewerken bemerkbar machen.

Zusammenschluß der österreichischen Metallindustrie

Die österreichischen Metall-Halbzugsfabriken, insgesamt 18 Werke, die alle zusammen nicht leben und nicht sterben können, haben sich zu einem Unternehmen zusammengeschlossen. Man nennt das Ding noch Verkaufsyndikat. Es soll eine gemeinsame Verkaufsorganisation für die Kupfer- und Messingprodukte der Werke sein. Die Verhandlungen gehen aber noch weiter zwecks Organisation des gemeinsamen Rohstoffeinkaufs, wegen gemeinsamer Kreditaufnahme und Zusammenlegung und Vereinheitlichung der Produktion. Die Zusammenlegung wird also einer Vertrustung ziemlich nahe kommen. Die Folge wird sich in Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen bemerkbar machen.

Steilerer Arbeitslohn in Wien

Die amtliche Statistik meldet für Wien Mitte Oktober eine Steigerung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen auf 491 auf 6487. Außer diesen beziehen noch 492 arbeitslose Personen eine außerordentliche Beihilfe. Da das bankrotte Österreich jetzt einen Teil der auf die Städte ruhenden Lasten der „unterstützten“ kann, wird zu den registrierten 70 000 noch eine beträchtliche Zahl kommen, die wobl auf der Straße liegen, aber nicht unterstützt werden.

Meitner Wirtschafts-Kurier

Der höchste Schornstein der Welt, 120 m, 7 m lichte Weite am oberen Ende, wird gegenwärtig für ein Hüttenwerk in Trail, Britisch Columbia (Südamerika) aus Eisenbeton errichtet. Gewiß ein Symptom für den Anfang des Kolonialkapitalismus.

Die United Steel Corporation, einer der größten amerikanischen Stahltrusts, kaufte 8000 t Eisen aus Indien. Der Preis soll sich um 1 Dollar pro Tonne billiger. Die General Electric Co. kaufte 5000 t Gießereieisen, die eisenerzeugende Industrie in Neuzugland 20 000 t Roh Eisen.

Nach einer Warschauer Meldung verhandelt die polnische Regierung jetzt auch über die Verpachtung der Eisenbahnen mit einer amerikanischen Finanzgruppe. — Die Verhandlungen über das Tabakmonopol meldeten wir schon.

Polen hat die Verhandlung mit dem als amerikanischer Vertreter dienenden Wiener Bankhaus Rothschild über eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe gegen Verpfändung des Spiritusmonopols wieder aufgenommen.

Jugoslawien will nach Belgrader Blättermeldungen demnächst in Amerika eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe gegen Beteiligung am Tabakmonopol aufnehmen.

Die österreichische Regierung hat mit dem amerikanischen Bankhaus Morgan u. Co. einen Anleihevertrag über 5 Millionen Dollar aufgenommen.

Der Stabilisierungskurs für den belgischen Frank (80 Vorkriegspfennige) soll 106, — für ein Pfund Sterling betragen. Der Kurs soll dann etappenweise gebessert werden.

Im Staate New-York ist infolge des Bergarbeiterstreiks eine erhebliche Knappheit an Anthrazitkohle eingetreten. — Es sind deutsche und englische Kohlen für Amerika angekauft.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN

Achtung! Unterbrechungen. Arb.-Aussschuß-Mitglieder!
Die Woche vom 25.—31. Oktober ist eine sogenannte Freiwache. Die Sitzung der Berl. Zentrale und des Arb.-Aussschusses fällt daher aus. Am Donnerstag, den 29. Oktober findet in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21, eine Allgemeine Mitglieder-Versammlung statt. Nächste Sitzung der Berl. Zentrale: Dienstag, 3. November, abends 7 Uhr; des Arb.-Aussschusses: Mittwoch, 4. November, abends 7 1/2 Uhr.

Auf Veranlassung des Geschäftsführenden Haupt-Aussschusses der Partei findet am Dienstag, den 27. Oktober, abds. 7 Uhr, im Konferenzzimmer der Schule Gipsstr. 23 in Gemeinschaft mit einigen Mitgliedern der Arbeiterdelegation nach Rußland eine wichtige Zusammenkunft statt. Sie hat den Zweck, die von uns aus der russischen Presse zitierten Auszüge auf Ihre Echtheit nachzuprüfen, Referenzen, Pressekommissionen, Berliner Arbeits-Aussschuß, sowie alle der russischen Sprache mächtigen Genossen müssen unbedingt erscheinen!

Herausgeber und Red. im hiesigen Vertriebsbüro: Otto Schmitt-Berlin
Druckort: In der Buchdruckerei „Willy Brandt“, Berlin O 17, Langensielowstr. 78